

hat plötzlich zurücktreten müssen; man warf ihm vor, daß er hohe Posten in der Armee mit Anhängern von Trozki befestigt habe.

Dieser scharfe Schnitt zeigt, daß Stalin fester als je im Sattel sitzt. Trozki sollte die Spaltungsarbeit innerhalb der Sektionen der kommunistischen Internationale im Auslande fortgesetzt haben; er mußte gehen, lebt jetzt in der Verbannung, und Stalin, der Mann mit den vielen Schicksalen und den vielen Namen, ward mächtiger Mann, ward Generalsekretär der kommunistischen Partei.

„Immer auf dem Posten“, ein Wort des alten Freih, das jetzt für unsere süddeutschen Brüder, insbesondere die Bayern, Bedeutung gewonnen hat. Bayern hat die Wacht an des Reiches Südmarch zu halten: mannigfaltig, stark und vielfach sind die Gegner! — Das Bayernland grenzt unmittelbar an das deutsche Böhmen, in dem tschechische Wühlarbeit uralte bajuwartische Siedlungen entdeutscht will. Eger beispielsweise, eine bayrische Gründung, soll ebenso wie Bodenbach statt deutschem Gemeinschaftsbahnhof mit tschechischem Personal besetzt werden, tschechische Untertunftshäuser will man auf bayrischen Bergen errichten. Ebensoviele deutsche Niederlagen!

Bayern ist sich indessen seiner hohen Aufgaben bewußt! Der bayrische Stamm umfaßt 9—11 Millionen Menschen und greift nicht nur nach Böhmen, sondern auch nach Tirol und Italien hinüber.

**Vertliche und sächsische Angelegenheiten**

**Pulsnitz.** (Der Mitterabend) für die Stadt Pulsnitz findet am Freitag, den 30. November, abends 8 Uhr im Pfarrhause (Konfirmationszimmer) statt.

**Pulsnitz.** (Wechsel in der Kreishauptmannschaft.) Wie wir hören, wird demnächst in der Leitung der Kreishauptmannschaft Bauzen ein Wechsel eintreten.

— (Sitzung der Gewerbekammer Zittau.) Wie uns von der Gewerbekammer mitgeteilt wird, war ursprünglich beabsichtigt, die öffentliche Sitzung der Kammer am 28. November abzuhalten. Umstandshalber kann die Sitzung aber erst am Mittwoch, den 12. Dezember, vormittags 10.30 Uhr stattfinden.

— (Der Ev.-luth. Landes Schulverein für einen Staatsvertrag und für Schulfrieden durch Schulfreiheit!) Der Ev.-luth. Landes Schulverein für Sachen hat auf seiner diesjährigen Haupttagung Anfang dieses Monats in Chemnitz in nachfolgenden Entschlüssen zur kirchen- und schulpolitischen Lage Stellung genommen: „Der gegenwärtig religiös-neutrale Staat kann noch immer nicht durch ein gerechtes Reichsschulgesetz der Kirche und dem christlichen Elternhause die Sicherung der christlichen Erziehung in einer Schule mit Bibel, Katechismus und Gesangbuch verbürgen. Wir sind vielmehr noch immer von der wechselnden Parlamentsmehrheit abhängig. Darum fordert der Ev.-luth. Landes Schulverein für Sachen einen zwischen Kirche und Staat auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Konfessionen zu schließenden Staatsvertrag.“ Die zweite Entschlüsse lautet: „Noch haben wir kein Reichsschulgesetz. Eine wesentliche Aufgabe der Reichsverfassung ist noch immer nicht verwirklicht! Darum fordern wir für Sachen freie Schulen öffentlichen Rechtes mit einheitlichem Lehrerkollegium. Darüber hinaus rufen wir ohne Unterlaß: Gebt dem christlichen Hause durch Reichsschulgesetz den ersehnten Schulfrieden!“

**Radeberg.** (Drei gebürtige Radebergerrinnen durch Autounfall verletzt.) Bei dem vorgestern gemeldeten Autounfall, das sich auf der Landstraße Treuenbrietzen—Weißig ereignete, handelt es sich bei den drei Verletzten Insassinnen um die in Leipzig verheirateten Töchter des Herrn Kommerzienrats Max Hirsch aus Radeberg.

**Bauzen.** (C. G. Tiegens Sidam verkauft! 25 Prozent für die Gläubiger.) Den Bemühungen der Deutschen Treuhand-Aktiengesellschaft für Warenverkehr Berlin ist es nach mehrfachen Verhandlungen mit verschiedenen Interessenten gelungen, den Gläubigern der Firma C. G. Tiegens Sidam eine sofort auszahlbare Quote von 25 Prozent zu garantieren. Die Firma wird von einem unter Führung der Firma H. Schoyer, Berlin, stehenden Konsortium übernommen. Die Firma H. Schoyer hat erklärt, daß sie sich bemühen werde, das Werk fortzuführen. Der Ueberwachungsaußschuß hat, um den Versuch zu machen, ein höheres Angebot zu erreichen, die ihm bekannten Interessenten zu einem für heute, Montag, nachmittags anberaumten Mehrbietungstermin eingeladen.

**Moritzburg.** (Abgabe von Pferden.) Das Landstallamt in Moritzburg hat acht Oldenburger Hengste abzugeben. Gebote unter Verwendung des Vordruckes sind schriftlich bis zum 4. Dezember an das Landstallamt einzureichen. Der Vordruck ist beim Landstallamt erhältlich. Diese Hengste dürfen zum Decken fremder Pferde nicht mehr verwendet werden, für eigene Stuten nur nach Anführung durch den Adressat.

**Dresden.** (Neue Kraftpostlinie.) Am 28. November soll die Kraftpostlinie Dresden—Wilsdruff—Rossem—Rohrweil—Döbeln in Betrieb genommen werden. Eine Probefahrt von Dresden bis Döbeln findet am Dienstag statt.

**Buchholz.** (Autounfall.) Ein schwerer Autounfall ereignete sich in der Kurve am Etablissement „Forsthaus“. Ein Personenzug geriet auf der regenassen Straße ins Schleudern, entwirrte durch den Anprall einen Baum und fuhr an einen zweiten Baum, der starker war und das Chassis des Wagens zertrümmerte. Bei dem Zusammenprall wurde eine Insassin des Autos schwer verletzt. Sie erlitt einen schweren Schädelbruch und mußte ins Buchholzer Krankenhaus übergeführt werden. Der Chauffeur kam mit inneren Verletzungen davon.

Die „Bommern“, ein Segelschiff mit drei Masten, gehört dem Oldenburgischen Schiffsverein und ist in Jinkenwälder stationiert. Die Besatzung rekrutiert sich aus Offiziersamvätern für die deutsche Handelsmarine. Das Schiff ist bereits vor dem Kriege gebaut und gehört zu der Klasse, der auch die „Großherzogin Elisabeth“ und die „Padua“ angehören. Es fährt regelmäßig von der deutschen Küste nach Südamerika und Ostasien.

**Der Inhalt der deutschen Reparations-Denkschrift**

Die Freiheit der Entscheidung vorbehalten

Die deutsche Regierung hat der französischen und der englischen Regierung ein Memorandum zur Reparationsfrage überreichen lassen, das eine Antwort auf die Ueberreichung von einer englischen und französischen Denkschrift, die vor einigen Tagen erfolgte, darstellen soll. Die deutsche Regierung hat es dabei vermieden, auf den Inhalt dieser englischen und französischen Denkschrift, die ganz bestimmte Forderungen Englands und Frankreichs zur Reparationsfrage enthalten, zu antworten.

In dem deutschen Memorandum wird nur betont, daß sich die deutsche Regierung die Freiheit der Entscheidung gegenüber allen sachlichen Fragen der Reparationen vorbehalten habe, und daß der Zeitpunkt für solche Entscheidungen erst gekommen sei, wenn die Arbeiten des Sachverständigenkomitees abgeschlossen seien. Es wird dann nur noch einmal betont, daß nach deutscher Auffassung die Erfüllung der Verpflichtungen aus der eigenen Wirtschaftskraft Deutschlands möglich sein müßte und daß

die Lebenshaltung des deutschen Volkes nicht gefährdet werden dürfte.

Die deutsche Auffassung ist nur eine Schreibmaschinenseite lang und gilt gewissermaßen nur als Verwahrung gegen die Forderungen der alliierten Mächte. Es erhebt sich nun die Frage, wie die alliierten Mächte sich weiterhin verhalten werden. Mit einem gewissen Optimismus hofft man im deutschen auswärtigen Amt, daß man in London und Paris die ganz außerordentlich großen Gegensätze in allen sachlichen Fragen der neuen Verhandlungen der Reparationen zurückstellen und eine Antwort über den Zusammentritt des Sachverständigenkomitees nach Berlin schiden wird. Dem widersprechen französische Meldungen, wonach man jetzt erst recht in Paris die diplomatischen Auseinandersetzungen über die sachlichen Fragen fortsetzen und damit das Ergebnis der Beratungen der Sachverständigen unter politischem Druck vorwegnehmen will. Die nächste Entscheidung liegt somit in Paris und London.

**Pirna.** (Das Ende des Pirnaer Chedramas.) Die Frau des erschossenen kommunistischen Stadtverordneten Uhlmann ist nunmehr im Krankenhaus ihren schweren Verletzungen erlegen.

**Vertagung der Verhandlungen in der Textilindustrie.**

Die Schlichtungsverhandlungen in der sächsischen Textilindustrie sind auf Montag, den 26. November, vertagt worden.

**Kalkantrieb der Obstbäume**

Die Pressestelle der Landwirtschaftskammer weist darauf hin, daß der Kalkantrieb der Obstbäume im Herbst nicht allein gegen die Schädlinge richtet, sondern vor allem auch im Februar die warmen Sonnenstrahlen abzuhalten hat, die den Safttrieb verfrühen werden, was bei Eintritt von Frühjahrsfröhen bei Bäumen gefährlich werden kann. Empfohlen wird eine Zugabe von Karbolsäure, wodurch auch vorbeugend gegen empfindliche Schädlinge gewirkt wird.

**Bestellung auf Albrut.**

Der Deutsche Fischereiverein wird auch im Jahre 1929 wiederum Albrut aus England beschaffen, wobei einige Änderungen vorgesehen sind. So wird der Anlauf der Albrut nicht mehr nach Stückzahl, sondern nach Pfund erfolgen, wobei zur ungefähren Berechnung des Bestandes etwa 2000 Stück Albrut auf ein Pfund gerechnet werden. Auch sollen diesmal die Preise für die Albrut gestaffelt werden, um den größeren Bestellen entgegenzukommen. Die Preiskala schwankt dabei von fünf Pfund je 10 Mark bis zu 250 Pfund je 8,75 Mark. Anfragen und Bestellungen nimmt der Sächsische Fischereiverein, Dresden-A., Sidonienstraße 14, entgegen.

**Unrichtig. Anwendung der Wertzuwachs-Steuerordnung auf die Landwirtschaft**

Die Wertzuwachssteuer verbietet dem schnellen Wachstum der Großstädte die Entschleunigung und die Wertzuwachssteuerordnungen tragen daher großstädtischen Verhältnissen Rechnung. Nachdem in Preußen die Stadt- und Landkreise auf diesem Gebiete ihre Autonomie wiedererlangt haben, nahmen sie sich den Wortlaut der Wertzuwachssteuerordnungen der Großstädte zum Muster, wodurch eine ungerechte Heranziehung der Landwirtschaft zur Steuer entstanden ist, die sich im Gegensatz zum Reichszu- wachsgesetz befindet. Letzteres bestimmt nämlich: „Von dem Preis kommt in Abzug der Wert der Erzeugnisse des Grundstücks, solange sie mit dem Boden zusammenhängen.“ Diese Wortfassung ist in der Rechtsprechung dahin ausgelegt worden, daß z. B. bei Obstplantagen der Wert der gesamten Obstbäume, nicht etwa nur der Kessel, sowohl vom Erwerbpreis wie auch vom Verkaufspreis abgezogen wird; sie bleiben also steuerfrei. Nach dem System unserer heutigen kommunalen Ordnungen und dem Muster des Ministers werden sie dagegen zur Steuer herangezogen. Wie sich das auswirkt, hat Obermagistratsrat Rohde, Berlin-Zehlendorf, in der „Deutschen Steuer-Zeitung“ November 1928 an einigen recht drastischen Beispielen gezeigt, von denen wir hier nur eines kurz skizzieren wollen: Ein Gutsbesitzer erwirbt 1925 eine Fläche Aderland für 10 000 Mark, kauft sie auf und verkauft sie nach 30 Jahren, also 1955, für 40 000 Mark. Nach den Bestimmungen des Reichszu- wachsgesetzes wird der Wert des Waldbestandes sowohl vom Erwerb- als auch vom Verkaufspreis abgezogen, nach der Wertzuwachs- steuerordnung jedoch nicht. Der Gutsbesitzer hat aber in den 30 Jahren des Bestandes seines Forstes aus diesem so gut wie gar keine Erträge geholt, nichtsdestoweniger hat er Wertzuwachssteuer zu bezahlen,

**Stresemann über die politischen Tagesfragen.**

Berlin. Der Parteivorstand des Reichsaussenministers Dr. Stresemann wies in seinem Bericht vor dem Parteivorstand über die politische Lage die Auffassung zurück, daß man sich nicht an der Reichsregierung beteiligen, sondern der Sozialdemokratie allein die Verantwortung hätte überlassen sollen.

Die Auseinandersetzung mit dem Stahlhelm sei erfolgt wegen jener Stahlhelmbotschaften, in denen der Haß gegenüber dem heutigen Staate zum Ausdruck gebracht wurde. Zur Frage des Einheitsstaates erklärte der Minister, man könne diese Frage nicht im Wege des Zwanges lösen. Auch vor Teilschlüssen würde man sich hüten. Der Minister begrüßte die Anregung des Reichsjustizministers, den Begriff deutscher Staatsangehörigkeit gegenüber dem Auslande zu schaffen. Einmütig sei die Deutsche Volkspartei der Auffassung, daß eine Mitarbeit der Partei auch an der preußischen Regierung erwünscht ist.

**Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius**

sprach. Die Reichsregierung suche gegenwärtig die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Rußland wieder anzuknüpfen. Seine Bemühungen um den Schutz des notleidenden gewerblichen Mittelstandes seien bekannt. Vordringliche Aufgabe der Innenwirtschaftspolitik sei weitestgehende Erleichterung der Wirtschaft auf allen Gebieten. Erfolgreicher Wettbewerb mit der ausländischen Produktion sei dann nicht möglich, wenn die Produktionskosten aus dem Rahmen der Weltwirtschaft herausfielen. Die Aufteilung wirtschaftlicher Zuständigkeiten auf verschiedene Reichsministerien und -stellen, auf Länderregierungen und -behörden sowie autonome Körperschaften brächte die Gefahr der Zersplitterung und den Mangel an Einheitlichkeit mit sich. Einstimmig wurde eine

**Entschlüsse zur Wirtschaftspolitik**

angenommen, in der es u. a. heißt: Der Erkämpfung des Befreiungszieles diene auch die deutsche Wirtschaftspolitik. Weltwirtschaftliche Verflechtung und Nationalwirtschaft, Förderung des Exports und Pflege des Binnenmarktes seien keine Gegensätze. Sie müßten sich gegenseitig ergänzen.

Zur Sozialpolitik wurde eine Entschlüsse angenommen, in der es u. a. heißt: Die Deutsche Volkspartei belenne sich zu einer entschiedenen Sozialpolitik, deren Ziel der Ausgleich der sozialen Spannungen unseres Volkes, die Erhaltung und Förderung der Volksgesundheit und Volkskraft und die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft sein müsse.

**Der Ruhrkonflikt kommt vor das Reichsarbeitsgericht.**

Düsseldorf. Vor dem Arbeitsgericht in Duisburg wurde in der Revisionsinstanz in der Klagesache der Arbeitnehmer gegen die Entscheidung des Arbeitsgerichts vom 4. d. M. verhandelt. Nach mehr als zehnstündiger Verhandlung hob die Revisionsinstanz das Urteil vom 4. November d. J. auf. Dieses erging dahin, daß dem Klageantrag der Arbeitgeber auf Nichtigkeitserklärung des Schiedsspruches stattzugeben sei. Die Arbeitgeber werden, um die ganze Angelegenheit bis zur höchsten Instanz durchzuführen, beim Reichsarbeitsgericht Revision beantragen.

**Wildwest im Industriegebiet.**

Vier Raubüberfälle an einem Tage im Ruhrgebiet.

Bochum. Kennzeichnend für die in geradezu erschreckendem Umfange zunehmende Unsicherheit im Industriegebiet sind vier schwere Raubüberfälle, die sich an einem Tage im Industriezentrum ereignet haben. In Essen wurde ein 23jähriger Handlungsgehilfe von einem etwa gleichaltrigen unbekanntem Burden am Nachmittag in einer belebten Straße überfallen. Der Täter schlug den Ueberfallenen mit einem Schlagring auf den Kopf und versuchte gleichzeitig die Aktentasche mit einem Inhalt von nahezu 50 000 Mark in bar und Schecks zu rauben. Der Ueberfallene wehrte sich heftig und hielt krampfhaft seine Tasche fest. Der Räuber wurde von einem Passanten ergriffen und festgehalten.

In Duisburg war der Lohnbuchhalter einer Großfirma mit einem Betrage von ungefähr 7000 Mark auf dem Wege, die Arbeiter zu entlohnen. Vor dem Eingang des Botanischen Gartens näherten sich ihm zwei Männer. Einer setzte ihm plötzlich eine Pistole auf die Brust mit den Worten: „Das Geld heraus oder ich schieße.“ Angesichts der menschenleeren Straße schien es dem Ueberfallenen zwecklos, den bewaffneten Banditen Widerstand zu leisten. Er ließ sich die Geldtasche abnehmen. Die Räuber drohten, ihn, wenn er sich umdrehe, eine Kugel nachzuführen. Bisher ist es der Duisburger Kriminalpolizei noch nicht gelungen, die Räuber zu ermitteln.

Am Abend des gleichen Tages drang ein maskierter Räuber mit vorgehaltener Pistole in den Kassenraum der Güterabfertigung des Bahnhofes Bochum-Nord und raubte aus der Kasse 395 Mark. Die beiden im Kassenraum beschäftigten Beamten waren derart überrascht, daß sie nicht den geringsten Widerstand leisteten.

In Herne überfielen in der Nebenstelle der Gewerbebank in Herne-Sodingen zwei Räuber den allein anwesenden Kassierer und zwangen ihn unter Drohungen mit der Pistole, den Kassenraum zu öffnen, aus dem sie rund 3000 Mark raubten. Zur Erschwerung ihrer Verfolgung zerschmetterten sie die Fensterrahmen und nötigten den Kassierbeamten unter Vorhalten eines Revolvers, seine Hose auszuziehen, die sie mitnahmen.